

Vom Hauen und Stechen

„Wenn's um's Geld geht, hört die Freundschaft auf.“

Im Arbeitsleben nennen wir das Verteilungskampf und gemeint ist schlicht und einfach: Wer die größte Klappe hat, bekommt das Meiste ab!

Zwei platte Sprüche, meinen Sie? Sie haben recht, aber mit Sprüchen wird man dem Ernst der Lage nicht gerecht. Schauen wir also etwas tiefer und vor allem seriöser in das Dickicht der Finanzen der MHH.

Finanziert wird die MHH und damit auch die Gehälter der Beschäftigten über drei Töpfe: Erlöse aus der Krankenversorgung, Landesmittel und Drittmittel.

Die Erlöse aus der Krankenversorgung lagen mit Abschluss des Jahres 2012* bei 615 Mio € und sind damit der größte Posten am Gesamtetat der MHH. Damit müssen alle Leistungen in der Krankenversorgung, inklusive der Diagnostik und Logistik abgedeckt wer-

den. Ärzte, Pflegekräfte, MTAs zum Beispiel bekommen aus diesem Topf ihr Gehalt. Über Landesmittel wurden im selben Jahr 171 Mio €* finanziert. Letztendlich kam über Drittmiteleinwerbung der nicht unerhebliche Betrag von knapp 90 Mio € in die Kasse. Im Jahr 2013 hatte die MHH ein Gesamtbudget von 850 Mio €*.

So beeindruckend diese Summe auch ist, sie deckt nicht die Ausgaben. Allem Anschein nach gibt es eine Unterdeckung der Krankenkassenzuschüsse bei besonders schweren Fällen der Krankenversorgung, aber besonders der Bereich Forschung und Lehre ist nicht sauber abgegrenzt. Wurden hier zu Lasten der Erlöse aus der Krankenversorgung und der Landesmittel Forschungsprojekte gepusht und Professuren aufgebläht?

Jetzt versuchen alle ihre Bereiche zu sichern - das Hauen und Stechen hat begonnen...

* aus „Jahresbericht 2012“ und „Entwicklung der MHH 2015-2018“

Zahl des Restjahres: 126

126 Beschäftigte werden seit dem 23. September keinen ruhigen Schlaf mehr haben. Dies ist die Zahl, die der Personalratsvorsitzende, Simon Brandmaier, zur Personalversammlung im überfüllte Hörsaal D nannte. Gemeint sind die noch in 2015 auslaufenden Verträge von MHH MitarbeiterInnen. Das Präsidium, in Person von Frau Aulkemeyer, zielte auch gleich auf diese Option des Sparens ab. Verlängert sollen nach ihrer Ansicht nur noch Verträge, die sich entweder in einem genehmigten Personalkonzept wiederfinden oder die drittmittelfinanziert sind. Ersteres wird schwierig, da es als sicher gilt, dass es kaum Personalkonzepte für 2016 gibt.

weiter Seite 2



... weiter aus der Personalversammlung

Grund für die verschärfte Herangehensweise des Präsidiums ist ein Erlass des Landes, der die MHH scheinbar zwingt, die 2014 vereinbarten Sparziele umzusetzen. Damals wurde in einer Zielvereinbarung zwischen der MHH und der Landesregierung vereinbart, dass die MHH am Ende dieses Jahres keine weiteren Schulden macht.

Frau Aulkemeyer prognostizierte zur Personalversammlung, dass dieses Ziel verfehlt wird. Im August 2015 ist das Defizit schon -3,2 Mio. €, ihre lineare Hochrechnung zum Jahresende beläuft sich auf -4,8 Mio €.

Unschärf wird für die Zuhörer die Beschreibung diverser finanzieller Obergrenzen, die auf der einen Seite überschritten, aber in der Zusammenfassung doch eingehalten werden. Man fragt sich, warum dann das

ganze Theater? Warum jetzt drei Monate vor Jahresende dieser Aktionismus? Warum will man Verträge, die es zu verlängern gilt, einfach auslaufen lassen? Warum muss jetzt der IAM aufgelöst werden? Brigitte Horn von der ver.di spricht aus, was viele denken: Das Zurückfahren einer Errungenschaft wie der Interne Arbeitsmarkt, von einem sozialen Auffangnetz hin zum bloßem Abwicklungsinstrument, wirkt sich demotivierend auf alle Beschäftigte aus! Hinzu kommen solche Ankündigungen wie Preiserhöhungen in KiTa, beim Parken und in der Mensa. Der Personalrat steckt hier in puren Abwehrkämpfen und versucht Schlimmeres zu verhindern.

Am Ende bleibt bei den MitarbeiterInnen ein fahler Beigeschmack: 2014 verkündete das Präsidium zwei anstrengende Jahre - jetzt wird es noch schlimmer!

Resolution des Personalrates unterstützen

Die ver.di Vertrauensleute der MHH unterstützen die Resolution des Personalrates, die ein klares Zeichen gegen fremdenfeindliche oder rassistische Äußerungen im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingsdebatte auch an der MHH setzt.

Bei uns sind Flüchtlinge willkommen! In direkter Nachbarschaft der MHH befindet sich im ehemaligen Oststadt Krankenhaus eine Flüchtlingsunterkunft. Hierhin hat das MHH Flüchtlingsnetzwerk* Kontakte aufgebaut, um den Menschen helfen zu können. Bedarf besteht vor allem an DolmetscherInnen, Kinder- und

Jugendbetreuung und Begleitung im Behördensdschungel. Unterschriftenlisten bekommen sie über personalrat@mh-hannover.de

* netzwerk.fluechtlingshilfe@mh-hannover.de



Fachweiterbildung OP, ade?!

Über die MHH Grenzen hinaus war die Fachweiterbildung OP und Endoskopie für Pflegekräfte bekannt. Zahlreiche externe Bewerbungen sorgten für volle Kurse. Bis vor einigen Jahren war es ein Grund an die MHH zu wechseln, um eine fundierte und gute Fachweiterbildung zu absolvieren.

Doch nun fällt zum zweiten Mal hintereinander die OP-Fachweiterbildung aus. Es gibt schlichtweg zu wenig Bewerber.

Jetzt kann man spekulieren woran das liegt und was man dagegen tun kann. So gibt es deutlich mehr OTAs (Operation Technische AssistentInnen), also schon mal ein Grund für den Rückgang an Anmeldungen, aber auch junge KollegInnen fühlen sich

noch nicht sattelfest in ihren Abteilungen, um sofort in die zweijährige Fachweiterbildung zu gehen.

Hier an der MHH soll die OP-Fachweiterbildung in Module geändert werden, aber dafür verliert die Fachweiterbildung ihre staatliche Anerkennung.

Paradoxerweise schafft man eine staatlich anerkannte Fachweiterbildung ab, um dann eine weitere nicht anerkannte Fortbildung zu installieren!

„Simply be the best“ ist immer das Motto der MHH gewesen, aber gilt das auch für die Pflege? Man hat das Gefühl, dass billigere MitarbeiterInnen ohne Fachweiterbildung mit staatliche Anerkennung reichen.

Wie weit kann man das noch ausreizen? Was lässt man sich noch einfallen? Das Abschaffen einer staatlichen anerkannten Weiterbildung ist ein falsches Zeichen für die KollegInnen im OP-Dienst.

Gründungskonferenz zur Pflegekammer

Am 28.08.2015 fand die konstituierende Sitzung der Gründungskonferenz zur Pflegekammer in Niedersachsen statt.



Sandra Mehmecke (re), eine Sprecherin des ver.di-Pflegenetzwerkes der MHH, ist Mitglied dieser Gründungskonferenz. Die Distel hat sie gefragt, warum sie sich in diesem Gremium engagiert:

Sandra: „Welche Bedeutung Pflege für den Einzelnen und damit für die gesamte Bevölkerung hat, wird für die meisten Menschen erst ersichtlich, wenn sie oder ihre nächsten Angehörigen selber der Pflege bedürfen. Das Wissen und Können – ja die Kunst, die Pflegekräfte in sämtlichen Arbeitsfeldern und Settings anzuwenden, um Pflege wirksam werden zu lassen, ist für die Gesamtheit des Berufsstandes hoch professionell. Aber dennoch ist kaum ein anderer Ausbildungsberuf so fremdbestimmt wie die Pflege:

Andere sagen, was Pflegenden tun dürfen oder sollen; andere berichten über ihre Skandale; andere prüfen ihre Ergebnisse; andere machen ihnen Vorschriften

Beim letzten Pflege-netzwerktreffen:

Am 13. August fand das letzte ver.di-Pflegenetzwerktreffen statt. Ein Schwerpunkt war auch das Thema **Generalistik**. Was erwartet uns mit der generalistischen Pflegeausbildung? Die Krankenpflegeausbildung in der bisherigen Form wird es schon bald in Deutschland nicht mehr geben, die drei Pflegefachberufe "Altenpflege", "Gesundheits- und Krankenpflege" und "Gesundheits- und Kinderkrankenpflege" werden zusammengeführt. Es entsteht ein neuer Pflegeberuf mit Schwerpunktsetzung. In der Diskussion kommen Fragen auf, wie: Kann auf den Pflegeberufsgesetzesentwurf, in dem die Ausbildung neu geregelt wird, noch Einfluss genommen werden? Was bedeutet

und ohne ernstzunehmende Beteiligung machen andere die sie betreffenden Gesetze!

Es ist leider typisch und in Jahrzehnten ist dieser Zustand gewachsen: Alle möglichen Menschen, Institutionen und Vereinigungen mischen sich in die beruflichen Belange der Pflege ein. Nur die Pflegenden selbst werden, wenn überhaupt, zuletzt gefragt."

Distel: Würde sich das mit der Pflegekammer grundlegend ändern?

Sandra: „Die Selbstverwaltung in Form der Pflegekammer bedeutet für den Berufsstand der Pflege in erster Linie, SELBSTVERANTWORTUNG zu übernehmen. Der Kern der Diskussion um die Pflegekammer dreht sich somit um zwei Fragen:

Traut man dem Berufsstand der Pflege überhaupt zu, Selbstverantwortung zu übernehmen? Und wenn ja: Will man dem Berufsstand der Pflege überhaupt Verantwortung und Kompetenzen übertragen?

Ich plädiere dafür, habt Vertrauen! Traut der Pflege zu, ihr Berufsbild selbst zu definieren, ihre Aufgaben zu beschreiben und selbst zu bestimmen, was die Pflege unter „Qualität“ versteht. Traut der Pflege zu, den Wildwuchs an Spezial-Fort- und -Weiterbildungen zu sortieren und Weiterbildungsinhalte zu definieren. Habt Vertrauen in den Sachverstand von Pflegenden, wenn es um pflegerische Fragen oder die Pflege betreffende Gesetzgebung geht.“ Foto: Uli Schuster

das für unsere Krankenpflegeschule? Wo sollen unsere Auszubildenden bspw. Praxiseinsätze in der Altenpflege absolvieren? Zum Thema **Überlastungsanzeigen** fragten wir uns: Macht es noch Sinn welche zu schreiben? Die Diskussion und die vorgetragenen Zahlen, Daten, Fakten zum Überlastungsmeldungsverfahren in der MHH ließen nur einen Schluss zu: JA, auf jeden Fall! Jeder, der schon mal ein Überlastungsverfahren mitgemacht hat weiß, dass das kein Spaziergang ist. Missstände benennen und Verbesserungen verlangen kosten Mut und Kraft. Aber anders geht es nicht! Zum **Qualifikationsorientierter Einsatz in der Pflege** diskutierten wir die Chancen und Risiken, die mit dem Projekt einhergehen. Hier soll weniger qualifiziertes Personal pflegefremde Tätigkeiten übernehmen, um Pflegekräfte auf den Stationen zu entlasten. Unser Kritikpunkt: Diese MitarbeiterInnen laufen über das Pflegebudget.

§ Zusatzurlaub §

Beschäftigte, die Schicht- oder Wechselschichtdienst leisten, haben nach § 27 TVL einen Anspruch auf Zusatzurlaub. Dabei können bis zu 6 zusätzliche Tage pro Jahr entstehen. Da sich diese Zusatzurlaubstage nicht im Jahresurlaubsplan abbilden lassen, wird die Vergabe recht unterschiedlich gehandhabt. Dabei ist aber zu beachten, dass die Regelung des tariflichen Zusatzurlaubes auch dem Bundesurlaubsgesetz unterliegt. Hier steht in § 7 (1): „Bei der zeitlichen Festlegung des Urlaubs sind die Urlaubswünsche des Arbeitnehmers zu berücksichtigen, ...“

Damit ist eine einseitige Verplanung durch den/die DienstplanschreiberIn ausgeschlossen. Auch die rückwirkende „Vergabe“ von „ZU“ ist gesetzeswidrig!

Noch ein Hinweis: Ist in der Dienstplanung ein Anspruch auf Schichtzulage gegeben, aber durch Krankheit kann der Dienst nicht angetreten werden, ist dennoch eine Schichtzulage zu zahlen. Damit besteht auch die Voraussetzung zur Gewährung von Zusatzurlaub!

Termine:

- ver.di Vertrauensleutesitzungen am 7.10.15
- Pflegevollversammlung am 13.10 und 02.11.15
- ver.di Labornetzwerktreffen am 20.10.15
- ver.di Pflegenetzwerktreffen am 12.11.15
- Personalversammlung zur wirtschaftlichen Situation an der MHH am 10.12.15 ab 13:30 Uhr



Großdemo in Berlin am 10. Oktober 2015!

Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen diese sogenannten Freihandelsabkommen auf die Straße zu tragen! <http://www.ttip-demo.de/>

Petition an den Deutschen Bundestag

„Wir fordern vom Bundestag ein Gesetz zur Personalbemessung im Krankenhaus, das regeln soll, dass der reale Personalbedarf ermittelt wird sowie dass die benötigten Stellen in allen Bereichen des Krankenhauses geschaffen und zweckgebunden außerhalb der Fallpauschalen finanziert werden. Das Pflegestellenförderprogramm im aktuellen Krankenhausstrukturgesetzentwurf reicht nicht, um eine sichere Patientinnenversorgung zu gewährleisten.“ so lautet der Aufruf zur Petition für mehr Personal im Krankenhaus. Derzeit laufen noch bis zum 10. Oktober die Unterschriftensammlungen, so auch an der MHH. Die Initia-

torin Sylvia Bühler (ver.di Bundesvorstandsmitglied) braucht mindestens 50.000 Unterschriften, um eine Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestages zu erreichen. Laut der Internetseite der PetitionsorganisatorInnen ist der Stand 28.9.15 bei 28 000 UnterstützerInnen.

Also Grund genug auch hier noch einmal dringend aufzurufen diese Petition zu unterzeichnen. Gerne auch online unter:

<http://www.der-druck-muss-raus.de/die-krankenhauspetition>
der Liste per email anfordern: verdi@mh-hannover.de

